



Der Berliner Senat streicht finanzielle Mittel – Arbeit der Lesbenberatung/ LesMigraS gefährdet

Der Lesbenberatung Berlin e.V. werden mitten im laufenden Jahr Mittel in der Höhe von 15.000 Euro gestrichen. So lautete diese Woche die Information der von Senator Czaja(CDU) regierten Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales.

Die finanziellen Mittel aus dem integrierten Gesundheitsprogramm (IGP) sollen ab sofort einem neuen Projekt zur psychologischen Betreuung von wohnungslosen Frauen zur Verfügung stehen. Wir begrüßen das neue Projekt, dessen Wichtigkeit wir über mehrere Jahre eingefordert haben.

Die drastischen Streichungen des Senats für Gesundheit und Soziales betreffen unter insgesamt 100 Projekten, die gefördert werden, ausgerechnet zwei Projekte, die ihre Angebote insbesondere auf Frauen/Lesben/Trans* Gesundheit ausrichten. Diese geplanten und massiven Kürzungen werden wir auf keinen Fall hinnehmen. 15.000 Euro sind für soziale Projekte kein kleiner Betrag, sondern eine folgenschwere und nicht zu akzeptierende Summe. Diese 15.000 Euro werden für unsere Arbeit mit lesbischen und bisexuellen Frauen und Trans*Menschen in dieser Stadt fehlen. Die Summe entspricht 17% der Zuwendungsgelder des noch verbleibenden zweiten Halbjahres. Seit 2006 hat das Land Berlin damit 28.000 Euro in der Lesbenberatung gekürzt - das ist ein politischer Skandal für die Gesundheitspolitik dieser, sich „als weltoffen und interkulturell“ bezeichnenden, Stadt.

Für alle Lebensthemen und Krisensituationen sind wir eine erste Anlaufstelle für lesbische, bisexuelle Frauen, Mädchen und Trans* mit unterschiedlichen (Mehrfach-) Identitäten. Unsere Fokusthemen sind Rassismus, Trans*diskriminierung und Homophobie. Die Angebote der Lesbenberatung stärken lesbische und bisexuelle Frauen und Trans*Menschen und fangen LBT* auf, die anderenorts durch Diskriminierung und Pathologisierung stark verunsichert und verletzt wurden.

Im September 2012 wurden die Ergebnisse der größten, in Deutschland bisher durchgeführten Studie zu "Gewalt und Mehrfach-Diskriminierung von lesbischen und bisexuellen Frauen und Trans*", erstmalig bekannt gegeben. Diese Studie wurde von der Lesbenberatung/LesMigraS durchgeführt. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass Lesbenberatungsstellen als einzige öffentliche Institutionen, für ihre gute Unterstützung bei Gewalt und Diskriminierung wahrgenommen werden. Die Angebote sind jedoch bei Weitem nicht ausreichend und unsere Befragten forderten nachdrücklich, den weiteren Ausbau von bestehenden Angeboten.

Zudem braucht unser Bereich für Mädchen, trans- und intergeschlechtliche Jugendliche und junge Erwachsene von 14 - 23 Jahren (Young and Queer) seit langer Zeit mehr finanzielle Unterstützung, um die vielfältige Arbeit machen zu können, die junge queere Jugendliche dieser Stadt brauchen. Queere Jugendliche sind in Schule und Elternhaus immer noch massiv von Diskriminierung betroffen. Lesbische, bisexuelle, queere Jugendliche und solche, die sich nicht sicher sind, welche sexuelle Orientierungen sie ausleben möchten, LBTI of Color, Jugendliche of Color, Jugendliche, die Rassismus erfahren mit oder ohne Migrationsgeschichte, junge LBTI mit Beeinträchtigungen, mehrfachzugehörige und mehrfachdiskriminierte Jugendliche sind alle Zielgruppen des Projekts Young and Queer. Die Kürzungen werden auch für diesen Teilbereich der Lesbenberatung verheerende Folgen haben.

Die Lesbenberatung stellt eine unverzichtbare Schnittstelle zu anderen (psycho-)sozialen Einrichtungen in Berlin und bundesweit dar. So vermitteln wir zum Beispiel Klient_innen und Nutzer_innen, die die Lesbenberatung und LesMigraS in Anspruch nehmen, z.T. auch an andere Einrichtungen, mit denen wir in Kontakt stehen. Durch die Streichungen leiden also ebenfalls andere Soziale- und Antigewaltseinrichtungen in Berlin, die wir durch Fortbildungsveranstaltungen und Zusammenarbeit für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und Mehrfachidentitäten sensibilisieren und denen wir häufig eine Erstversorgung abnehmen.

Die Berliner Abgeordneten vernachlässigen mit ihrer Entscheidung die Gesundheitsversorgung von Lesben, bisexuellen Frauen und Trans* und schränken die schon jetzt nicht ausreichenden finanziellen Mittel massiv ein. Gerade auch für LBT*, die Mehrfachdiskriminierung erfahren, ist die Lesbenberatung Berlin e.V./ LesMigraS mit ihrem Angebot und dem Fokus auf Rassismus, Trans*Diskriminierung und Homophobie, und ihrer Arbeit gegen struktureller Diskriminierung und Gewalt auf vielen

gesellschaftlichen Ebenen in Berlin und anderen Bundesländern diese Landes nahezu allein stehend. Klient_innen und Nutzer_innen suchen gezielt die Lesbenberatung auf, weil sie unsere Arbeit und unsere Ansätze schätzen. Diese, sich über 30 Jahre bewährte Arbeit wird nun, durch die Kürzungen des Senats für Gesundheit und Soziales und den Berliner Abgeordneten, mit Füßen getreten.

Statt das neue Projekt z.B. mit zusätzlichen Mitteln der Wohnungslosenhilfe zu finanzieren, werden Gelder auf Kosten von gesundheitspolitisch relevanten Frauen- und Trans*projekten herangezogen. Da das neue Projekt des Abgeordnetenhauses z.T. die gleiche Zielgruppe bedient, werden Gelder nur umverteilt und nicht neu zur Verfügung gestellt. So muss eine lesbische wohnungslose Frau womöglich auf ihr wöchentliches Gruppenangebot in der Lesbenberatung verzichten, das dazu beiträgt, soziale Isolation zu überwinden, die durch die Folgen von Diskriminierung und Gewalt hervorgerufen wurde. Die beiden Einrichtungen können sich also nur ergänzen. Beide Einrichtungen sind aufeinander angewiesen und können nur als Netzwerk funktionieren. Identität kennt kein Entweder-Oder. Krisenarbeit auch nicht. Ohne die Finanzierung der Lesbenberatung wird diese Zusammenarbeit untergraben. Die Lesbenberatung als unverzichtbare Schnittstelle zwischen Präventions- und Krisenarbeit in Berlin wird ausgehebelt.

Von der Streichung sind Hunderte von lesbischen und bisexuellen Frauen und Trans*Menschen betroffen. Die Kürzung trifft vor allem auch das einmalige Angebot dieser Stadt für die Unterstützung von LBT* mit Migrationsgeschichte und LBT* of Color und LBT* mit mehrdimensionalen Genderidentitäten. Wenn unsere ganzheitlichen, nachhaltigen und mehrdimensionalen Angebote weg brechen, werden unsere Nutzer_innen und Klient_innen kaum auf andere Orte ausweichen können.

Wir fordern die sofortige Rücknahme der Streichung für 2013 und die seit Jahren geforderte finanzielle Aufstockung der Gelder- insbesondere für die Young and Queer Arbeit.

Für Rückfragen und Interviewanfragen:

Claudia Apfelbacher (Geschäftsleitung), Tel. 0179-12 92 640

Lesbenberatung Berlin e.V.

Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin www.lesbenberatung-berlin.de Tel. +49(0)30 - 217 27 53